

24. XI. 1915.

Sächsische Kammer.

O Dresden, 23. Novbr. (Priv.-Tel.) Heute begann in der Zweiten Kammer die auf mehrere Tage berechnete Verhandlung über die

Lebensmittelfürsorge.

Alle Fraktionen haben zu ihr Anträge gestellt. Am weitesten gehen die sozialdemokratischen, die verlangen, daß die Verteilung aller wichtigen Lebensmittel und Bedarfsgegenstände sowie ihre Preisfestsetzung staatlich geregelt werden. Alles was zum Leben notwendig ist, soll der Staat beschlagnahmen. Die Fortschrittliche Volkspartei ersucht die Regierung lebhaft, sofort weitere Maßnahmen gegen die Teuerung zu treffen. Sie soll im Bundesrat dahin wirken, daß die Preise für alle Mehle auf das richtige Maß zurückgeführt, die Einfuhr von Nahrungs- und Futtermitteln gefördert und bei Kriegsgesellschaften, die zur Befriedigung des allgemeinen Bedarfs errichtet werden, der ehrenwerte Handel nicht ausgeschaltet wird. Die Nationalliberalen fordern Beschlagnahme wichtiger Nahrungsmittel in größerem Umfange und zweckmäßiger als bisher. Herabsetzung der Höchstpreise, tatkräftige Förderung der Erzeugung notwendiger Lebens- und Bedarfsgegenstände. Einige konservative Anträge verlangen u. a. schärfere Maßnahmen gegen den Wucher und Vorschriften zur Beschränkung der Vertragsfreiheit im Handel zur Verhinderung unangemessener Gewinne.

Den Verhandlungen stellten sich heute zunächst allerlei Schwierigkeiten entgegen. Die Sitzung begann eine halbe Stunde später als angefangen und wurde dann sofort wieder auf eine Stunde vertagt. Die Fraktionen sollten, wie es hieß, sich noch weiter über die geschäftliche Verhandlung der Sache klar werden. Im Hause verlautet jedoch, die Regierung wünsche überhaupt nicht, daß über die Nahrungsmittelfrage öffentlich verhandelt werde. Die Fraktionen der Linken und die Nationalliberalen waren jedoch mit einer derartigen Behandlung dieser Frage nicht einverstanden, und die Sache nahm ihren geschäftsordnungsmäßigen Verlauf. Als erster Redner sprach der Nationalliberale Nischke, der besonders die vielfach verfehlten und verspäteten Maßnahmen kritisierte und sich gegen die wucherische Preistreiberei wandte. Er erwähnte, seine Fraktion wolle keinem Stande den Vorwurf des Wuchers machen, aber auffällig sei es, daß jene Kreise, die sonst auf ihre Vaterlandsliebe und Gottesfurcht pochten, an jenen Preistreibereien ganz besonders beteiligt seien. Er wies darauf hin, daß auch eine Reihe Großgrundbesitzer die Bestimmungen über Höchstpreise ungeprüft umgehen. Bei den heutigen gesetz-

lichen Bestimmungen sei es möglich, daß sich jeder Einzelne sein Loch zum Durchschlüpfen suche. Die Verhandlungen über das Lebensmittelprogramm werden morgen noch fort dauern.